



**CHRISTIAN LANGE**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
PARLAMENTARISCHER STAATSEKRETÄR BEI  
DER BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ  
UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

**DEUTSCHER BUNDESTAG**  
PLATZ DER REPUBLIK 1  
11011 BERLIN  
TEL: 030 / 22777 102  
FAX: 030 / 22776 110  
EMAIL: christian.lange@bundestag.de  
http://www.lange-spd.de

**BÜRGERBÜRO BACKNANG**  
BURGPLATZ 8  
71522 BACKNANG  
TEL: 07191 / 95 36 46  
FAX: 07191 / 97 02 41  
EMAIL: christian.lange.wk@bundestag.de

**BÜRGERBÜRO SCHWÄBISCH GMÜND**  
BOCKSGASSE 11  
73525 SCHWÄBISCH GMÜND  
TEL: 07171 / 3 94 28  
FAX: 07171 / 3 78 33  
EMAIL: christian.lange.wk02@bundestag.de

### Infobrief 231

- Pflegepersonalstärkungsgesetz
- Einführung der Musterfeststellungsklage
- Rentenpakt
- Teilhabechancengesetz
- Veranstaltungsankündigung

Berlin, den 09.11.2018/ts

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Woche konnten wir im Deutschen Bundestag zahlreiche Gesetze beraten, echte Herzensanliegen von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Hervorheben möchte ich das **Pflegepersonalstärkungsgesetz**. Dieses gehört zu den größten Pflege-Reformen der letzten 10 Jahre. Diese Reform war eine wesentliche Forderung von uns in den Koalitionsverhandlungen und trägt daher klar die Handschrift der SPD. Das Pflegepersonalstärkungsgesetz ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege. Konkret werden mit dem Sofortprogramm 13.000 neue Stellen in stationären Pflegeeinrichtungen eingerichtet. Kosten für Pflegekräfte werden künftig nicht mehr Bestandteil von Fallpauschalen sein, sondern werden Krankenhäusern eins zu eins erstattet. Auch dies ist eine langjährige SPD-Forderung. Damit kann künftig nicht mehr an den Personalkosten gespart werden und wir können mehr dringend benötigte Fachkräfte für Pflegeberufe gewinnen. Außerdem werden künftig Tarifsteigerungen vollständig von den Krankenkassen refinanziert.

Damit entfällt der Anreiz, Pflegekosten zu Lasten des Personals einzusparen. Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz sorgen wir für die Abschaffung des Gewinnprinzips in der Pflege. Den Gesetzentwurf könnt Ihr **hier** einsehen.

Ein weiterer großer Erfolg ist die Einführung der **Musterfeststellungsklage**. Seit dem 1. November ist das neue Gesetz für Musterverfahren in Kraft. Verbraucherinnen und Verbraucher können sich kostenlos im Klageregister beim Bundesamt für Justiz zum Musterverfahren anmelden. Mit der Musterfest-

stellungsklage schaffen wir endlich ein Stück „Waffengleichheit“ zwischen gut bezahlten Rechtsabteilungen und Großkanzleien großer Konzerne und Verbraucherinnen und Verbrauchern, die sich keine solch hochkarätige Rechtsberatung leisten können. Die Eine-für-alle-Klage ist ein langjähriges SPD-Projekt, das wir erfolgreich gegen die CDU/CSU durchsetzen konnten. Mehr Informationen findet Ihr [hier](#).

Eine gute Nachricht für alle Menschen in diesem Land ist, dass der **Rentenpakt** in dieser Woche in 2. und 3. Lesung im Bundestag abschließend beraten und beschlossen wurde. Junge Generationen werden von einer Rente profitieren, auf die sie sich auch in Zukunft verlassen können.

Der Rentenpakt schreibt das Rentenniveau bis 2025 bei mindestens 48 Prozent des Durchschnittseinkommens fest. Der Beitragssatz für die gesetzliche Rentenversicherung von derzeit 18,6 Prozent darf bis 2025 auf höchstens 20 Prozent steigen. Dazu wird der Bund in den kommenden Jahren mit jährlich 2 Milliarden Euro eine Demografierücklage aufbauen. Außerdem sollen Beschäftigte mit geringerem Einkommen stärker bei den Rentenbeiträgen entlastet werden, ohne Rentenanwartschaften zu verlieren. Das bedeutet, dass zukünftig rund 3,5 Mio. Beschäftigte, die bis zu 1.300 Euro monatlich verdienen, mehr Netto in der Tasche haben werden.

Die Stabilisierung und Sicherung der gesetzlichen Rente für die Beschäftigten ist ein zentrales Anliegen der SPD. Darum werden wir weiter dafür kämpfen, diesen Weg fortzusetzen und das Rentenniveau bis 2040 zu stabilisieren. Mehr Informationen erhaltet Ihr [hier](#).

Darüber hinaus wurde das **Teilhabechancengesetz**, als wichtiges sozialdemokratisches Anliegen, diese Woche abschließend durchgesetzt. Mit diesem Gesetz wird der soziale Arbeitsmarkt gestärkt und zehntausenden Menschen der Zugang in geregelte Beschäftigung eröffnet, die bisher nicht vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitieren konnten. Besonders freut es mich, dass wir die Forderung der SPD, dass sich die staatliche Förderung auf Tariflöhne beziehen muss, und nicht bloß auf den Mindestlohn, im parlamentarischen Verfahren noch durchsetzen konnten. Ebenso wie die Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen, weil statt wie geplant sieben nun nur sechs Jahre Leistungsbezug ausreichen, um gefördert zu werden. Das sind drei Punkte aus unserem Programm, die wir mit diesem Gesetz Realität werden lassen. Mehr Informationen erhaltet Ihr [hier](#).

Auf Bundesebene findet dieses Wochenende am 10. Und 11. November das „Debattencamp“ statt. Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland werden gemeinsam Ideen für die Zukunft unserer Partei entwickeln. Nähere Informationen dazu findet Ihr [hier](#).

Abschließend möchte ich Euch auf meine beiden nächsten Veranstaltungen hinweisen:


**Am Montag, den 3. Dezember, 18:00 Uhr**, findet mein alljährlicher „**Politischer Erntedank**“ mit unserem SPD-Generalsekretär, Lars Klingbeil, im Bilderhaus in Gschwend statt.

**Am Mittwoch, den 5. Dezember, 19.00 Uhr** möchte ich Euch zu meiner **Fraktion-vor-Ort** Veranstaltung im Backnanger Bürgerhaus zum Thema „Damit es jedes Kind packt!“ einladen. Als Referentin konnte ich meine Kollegin Caren Marks (Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und meinen Kollegen im Landtag, Gernot Gruber, gewinnen.

Beide Einladungen werden Euch noch zugehen.

Ich würde mich sehr freuen, Euch auf den Veranstaltungen zu sehen.

Herzliche Grüße



Ew. Böhner.